

Pressespiegel...

Capital

Unter der Überschrift „Wie Düsseldorf zur Landeshauptstadt wurde“ schreibt die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ (WAZ): „Rechtzeitig zum 40. Geburtstag des Landes wurde jetzt in britischen Archiven ein Dokument entdeckt, in dem Düsseldorf als Hauptstadt bestimmt wird. Wie das ‚Düsseldorfer Amtsblatt‘ jetzt berichtet, ist Landtags-Sprecher Friedhelm Geraedts im ‚Public Record Office‘ in London fündig geworden, wo alle offiziellen Papiere Großbritanniens untergebracht sind.“

Nach langem Suchen fand Geraedts ein dreiseitiges Memorandum vom 1. August 1946, in dem der Regional Commissioner William Ashbury Anweisungen zur Landes-Struktur nach dem Zusammenschluß von Nordrhein und Westfalen gibt. Im zweiten Absatz dieses bis heute nicht veröffentlichten Schriftstücks der Besatzungsmacht heißt es nach der Beschreibung der neuen Landesgrenzen: „It's Capital will be Düsseldorf“ (Die Hauptstadt wird Düsseldorf).“

Vor 100 Jahren: Provinzialordnung in Westfalen

Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL), Rechtsnachfolger des ehemaligen Provinzialverbandes Westfalen, blickt auf ein bedeutendes Jubiläum zurück: Am 1. August 1886 trat die Provinzialordnung des Provinzialverbandes Westfalen in Kraft. Damit begann für die westfälische Selbstverwaltung ein bedeutender Abschnitt ihrer Geschichte. Die Provinzialordnung schuf die Voraussetzung, den Provinzialverband als einen Kommunalverband zu gründen und die landschaftliche Selbstverwaltung in Westfalen zu entwickeln. Die Leistungsfähigkeit der landschaftlichen Selbstverwaltung bewährte sich auch nach dem 2. Weltkrieg und trug dazu bei, daß die Landschaftsverbandsordnung 1953 politisch durchgesetzt werden konnte. Der westfälische Provinzialverband war es auch, der nach der Auflösung Preußens durch die Alliierten am 25. Februar 1947 als einziger die provinzielle Selbstverwaltung kontinuierlich fortführte. Der Aufgabenbestand blieb im wesentlichen unverändert: Straßenwesen, soziale Fürsorge und Gesundheitswesen und Kulturpflege.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Karl Josef Denzer

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 884303, 884304 und 884545

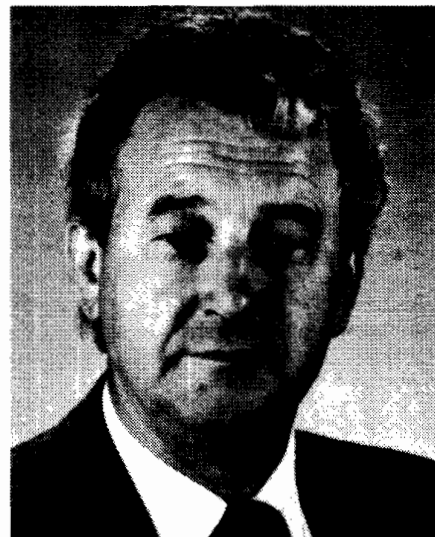
Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Reinhard Grätz MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ruth Witteler-Koch MdL (F.D.P.), Stellvertretende Fraktionsvorsitzende; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Pressesprecher, und Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Druck: Rheindruck Düsseldorf GmbH

Porträt der Woche



Georg Aigner (SPD)

Georg Aigner (52), Vater von zwei erwachsenen Söhnen, Diplom-Ingenieur, Geschäftsführer der Vestischen Straßenbahngesellschaft, in Bochum bereits zum dritten Mal direkt in das Landesparlament gewählt, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion und deren verkehrspolitischer Sprecher, Mitglied der Gewerkschaft ÖTV, Unterbezirksvorsitzender seiner Partei in Bochum.

Eine solche stichwortartige Aufzählung von persönlichen, beruflichen und politischen Daten sagt über den Mann nur wenig, über seine Persönlichkeit gar nichts. Um einen Mann, der die Politik zu einem Teil seiner Lebensaufgabe gemacht hat, vorstellen zu können, muß dieser bereit sein, sich im Gespräch zu öffnen, neue Einblicke gewähren, die Erkenntnisse jenseits dessen bringen, was man beobachten, nachlesen kann.

Georg Aigner war dazu bereit. Zum ersten Mal 1977, als er gerade zwei Jahre dem Parlament angehörte, und jetzt wieder. Stand damals der berufliche und politische Lebensweg, der in das Parlament gemündet hatte, im Vordergrund, so bewegte sich diesmal das Gespräch, das Ausloten und Abtasten in jenen Bereichen, in denen man Erfahrungen, Wandlungen, Reifeprozesse vermutet. Kurzum: so eine Art Bilanz nach mehr als zwölf Abgeordnetenjahren sollte es werden.

Glaubhaft bleiben, so Georg Aigner vor neun Jahren, sei am wichtigsten für einen Politiker, die eigene Linie „sauber“ durchhalten. Und heute? Im Grundsatz ist der Mann klarer geworden: „Bei aller Taktik – nicht vorsätzlich die Unwahrheit sagen. Dann lieber schweigen.“ Ein feiner, doch wichtiger Unterschied; glaubhaft bleiben kann man im Zweifelsfall auch dann noch, wenn man lügt, sofern andere den Sachverhalt nicht kennen.

Zugeständnisse hingegen macht er nun, wenn es um die saubere eigene Linie geht. Er hat gelernt, daß eigene Vorstellungen nicht immer „lupenrein“ durchzusetzen sind. Die Fähigkeit zum Kompromiß sei ausgeprägter geworden. Dabei meint er nicht jene landläufig als „faul“ charakterisierten Vereinbarungen, sondern jene Kompromisse, ohne die eine Demokratie nicht funktionieren kann, die als das Resultat des Austragens von Gegensätzen, des Ringens um die bestmögliche Lösung anzusehen sind. Sie müssen nicht, gemessen mit der Elle theoretischer Problembetrachtung, die besten sein, aber sie sind immer

die am besten verträglichen, weil sie das größte Maß an Zustimmung finden. Will man in jedem Fall das absolut Beste, darf man die Demokratie nicht wollen.

Und auch im Umgang mit Menschen, politischen Freunden und Gegnern, hat Aigner dazugelernt, wie er bekennt. Unter dem Begriff Lebenserfahrung ordnet er das ein. Habe er früher keine Ecke ausgelassen, an der man sich stoßen konnte, und dabei keine Rücksicht genommen, so will er heute Menschen nicht unnötig verletzen. Das heißt für ihn aber nicht Verzicht auf eigene Einsichten, auf das Ringen um die für richtig gehaltene Lösung. Doch unterliegt man schließlich in einer Auseinandersetzung, so hat man, bitteschön, die Pflicht, die Entscheidung der Mehrheit mitzutragen. Kompromißlos aber will und muß er sein, wenn es um Grundsätze, Grundwerte geht. In der alltäglichen Politik findet man die jedoch selten, wengleich viele sie ständig im Munde führen.

Im Parlamentsalltag geht es mehr um die profanen Dinge des Lebens; für Georg Aigner in erster Linie in der Fraktion um die politische Koordinierung und in der Sachpolitik um die Belange des Verkehrs. Dem „öffentlichen Personen-Nah-Verkehr“ – das Sprachmonster wird durch die gebrauchte Abkürzung öPNV nicht besser – gehört seine Sympathie, obwohl er kein Feind des Autos ist. Aber er weiß auch, wenn die Leute in die Stadt mit der Bahn oder den Bussen statt mit dem eigenen Auto fahren sollen, geht es nicht mit Verboten oder Schikanen. Die Busse und Bahnen müssen schneller und bequemer sein und pünktlich fahren. Bis es soweit sein wird, bleibt noch viel zu tun, zu organisieren und zu bauen. Vielleicht 1995, so der erfahrene Praktiker, kann es soweit sein.

Karl Lohaus